

Das Europäische Friedensforum

Der völkerrechtswidrige Krieg der NATO – an dem erstmalig nach dem II. Weltkrieg auch deutsche Truppen aktiv beteiligt waren – war von internationalen Protestaktionen der Friedensbewegung und breiter gesellschaftlicher Kräfte begleitet. In Folge fanden in vielen Ländern gesellschaftliche Tribunale statt, auf denen dieser Krieg scharf verurteilt wurde. Das europäische Tribunal versammelte sich - nach mehreren öffentlichen Hearings – am 2. und 3. Juni 2000 in Berlin. Der Krieg der NATO wurde als ein verbrecherischer Verstoß gegen geltendes Völkerrecht verurteilt.

Angesichts zunehmender Gefahren, Konflikte mit militärischen Mitteln auszutragen, Krieg als legitimes Mittel von Politik, die Machtstreben und imperialistische Politik mit humanitären Mitteln tarnt, zu akzeptieren, vereinbarten Aktivisten dieses Tribunals, internationale Teilnehmer sowie Friedensgruppen bzw. Friedensorganisationen zum ersten Jahrestag seines Wirkens - im Frühjahr 2001 - zu einem Europäischen Friedenskonvent nach Berlin einzuladen. Das fand Zustimmung. So entstand ein Netzwerk friedensorientierter Kräfte, das sich ein Jahr später auf einem Kongress im Mai 2002 - mit mehr als 100 Teilnehmern aus 15 Ländern - als **Europäisches Friedensforum** konstituierte.

I.

Das Anliegen (Konzept) des Forums lässt sich in folgenden drei Punkten zusammenfassen:

- Das Forum versteht sich als ein unabhängiger und überparteilicher Verbund friedensorientierter Verbände, Initiativen und Bewegungen; sowie von Persönlichkeiten aus Gewerkschaften, Kirchen und Parteien europäischer Länder, die sich dem Ziel einer friedlichen Zukunft der Staaten und Völker Europas und der Welt verpflichtet fühlen und ihr Wirken auf die Erreichung dieses Zieles richten.
- Das Forum bemüht sich um einen Beitrag zu einer dauerhaften europäischen Friedens – und Sicherheitsordnung, um die Suche nach Wegen, die dafür notwendigen politischen und ökonomischen Bedingungen zu schaffen; es trägt zur Analyse von Ursachen der Gefährdung des Friedens in Europa und in der Welt bei. Dabei arbeitet das Forum mit Friedensorganisationen und Gruppen, mit friedenspolitisch orientierten Institutionen und Organisationen zusammen, entwickelt den Meinungs- und Informationsaustausch und nimmt aktiv an gemeinsamen Aktionen teil.
- Das Forum fördert Völkerverständigung und internationales Denken und Handeln bei der Schaffung und Bewahrung einer stabilen Friedendordnung in Europa. Das Forum versteht sich als Teil der europäischen Friedensbewegung und richtet seine besonderen Bemühungen auf die Annäherung und die Aktionseinheit der westeuropäischen und der osteuropäischen Friedensorganisationen.

II.

Das Europäische Friedensforum hat seit seinem Bestehen – in unterschiedlicher Zusammensetzung – aktiv zu Grundfragen der Erhaltung des Friedens und zur Notwendigkeit der Schaffung einer europäischen Sicherheitsordnung Positionen erarbeitet und verbreitet, Konferenzen und Kolloquien durchgeführt. So auf einer Konferenz 2003 in Prag im unmittelbaren Vorfeld des Krieges der USA gegen den Irak, die zum Ausgangspunkt für eine aktive Teilnahme an der Vorbereitung nationaler und internationaler gesellschaftlicher Tribunale zur Verurteilung dieses Krieges wurde. Das Forum setzte sich aktiv mit der EU-Verfassung auseinander und unterstützte die Bewegungen zu ihrer Ablehnung. Es verurteilte die mit großen sozialen Verwerfungen und politischen Zuspitzungen verbundene imperiale Osterweiterung der EU.

Die wachsende politische und militärische Aggressivität der USA und ihrer europäischen Verbündeten waren und sind für das Forum mit neuen Anforderungen verbunden. Dazu

gehörten und gehören politische Auseinandersetzungen und Aktionen gegen die Osterweiterung der NATO, die Unterstützung des Kampfes gegen die Schaffung des Raketenschildes der USA, gegen die Verschärfung des Sozialabbaus und die zunehmende Einschränkung der Bürger- und Menschenrechte im Zuge der neoliberalen Politik der europäischen Regierungen. Das Forum und sein Präsidium sehen in diesem Zusammenhang auch die wachsenden neofaschistischen Tendenzen und Aktivitäten und das Bemühen konservativer Kreise sowie der offiziellen Politik, die neuere Geschichte in den europäischen Ländern umzuschreiben bzw. zu verfälschen.

Das Präsidium des Europäischen Friedensforums hat in Erklärungen und Positionspapieren frühzeitig die Öffentlichkeit auf diese Gefahren aufmerksam gemacht und in verschiedensten Formen Aufklärung betrieben und Gegenwehr herausgefordert bzw. organisiert.

Hervorgehoben werden sollen hier das internationale Berliner Kolloquium 2006 über die Gefahren neuer Formen des Faschismus („Globale Kriege, Sozialraub, Repression – ein neuer Faschismus?“), die gemeinsam mit dem Antifaschistischen Komitee der Ukraine 2008 in Kiew durchgeführte internationale Konferenz gegen die Osterweiterung der NATO, die Raketenpläne der USA und die Lostrennung des Kosovo von Serbien und schließlich die vielbeachtete, internationale Konferenz „Nein zur NATO – Nein zum Krieg“ im Frühjahr 2009 in Berlin.

III.

Das Europäische Friedensforum arbeitet nicht als eine organisatorische Einheit, sondern versteht sich mehr als ein loser Verbund, ein Netzwerk. Sein Wirken hängt in hohem Maße von der Aktivität seiner Sektionen in den Ländern und davon ab, wie es gelingt, mit aktuellen Problemstellungen das Zusammenwirken mit weiteren Partnern zu gestalten. Das betrifft auch die schon längerfristige Zusammenarbeit mit ARAC. Im letzten Jahr ergaben sich neue Kontakte zur „Föderation für Frieden und Verständigung“ (Moskau) und zur Gesellschaft „Soldaten gegen den Krieg“ (Prag), in der sich ehemalige Soldaten und Offiziere der Volksarmee zusammengefunden haben. Das Forum unterhält engen Kontakt zum Weltfriedensrat.

In der Entwicklung hat es sich so ergeben, dass im Forum vorwiegend Friedensgruppen und gesellschaftliche Organisationen aus mittelosteuropäischen und osteuropäischen Ländern verbunden sind. Daraus hat sich ein Schwerpunkt der Arbeit dahingehend ergeben, diese auf friedenspolitische Fragen und Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit orientierten Kräfte mit entsprechenden Kräften in westeuropäischen Ländern in Gedanken- und Informationsaustausch zu bringen.

Nicht zu übersehen ist, dass sich insgesamt aus den aktuellen politischen Entwicklungen neue Anforderungen an die Arbeit des Forums ergeben. Diese erfordern das solidarische Zusammenwirken zu verstärken, neue Kontakte aufzubauen und für den Austausch von Informationen und Erfahrungen stärker als bisher die Möglichkeiten der modernen Kommunikationsmittel zu nutzen.

Berlin, 1. September 2010